

Ländertarifrunde 2023 (TV-L)

10,5 Prozent, mindestens 500 Euro

dbb Forderung steht

Am 11. Oktober 2023 hat die Bundestarifkommission des dbb unter der Leitung des dbb Bereichsvorstands Tarifpolitik, des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Volker Geyer, zusammen mit dbb Bundeschef Ulrich Silberbach Nägel mit Köpfen gemacht.

► Forderungskern

Die wichtige Forderung für die anstehenden Ländertarifverhandlungen wurde beschlossen und enthält folgende wesentliche Punkte:

- Die Tabellenentgelte der Beschäftigten sollen um 10,5 Prozent, mindestens aber um 500 Euro monatlich, erhöht werden.
- Die Entgelte der Auszubildenden, Studierenden und Praktikantinnen/Praktikanten sollen um 200 Euro monatlich erhöht werden.
- Laufzeit 12 Monate.
- Unbefristete Übernahme in Vollzeit der Auszubildenden und dual Studierenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung.

► „Aufbruch statt Stillstand!“

dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach dazu: „Natürlich steht die lineare Forderung im Mittelpunkt, schließlich leiden auch die Beschäftigten im Landesdienst noch immer unter der Inflation. Der TV-L ist oftmals einfach nicht mehr konkurrenz-

fähig – nicht zur Privatwirtschaft und auch nicht zum TVöD oder zum MTV Autobahn. In diesem Sinne fordern wir nicht nur die 10,5 Prozent, mindestens jedoch 500 Euro. Wir fordern die TdL auch auf, von Anfang an ergebnisorientiert zu verhandeln und die Einkommensrunde als Chance zu begreifen, verlorenen Boden bei den Beschäftigten und im Konkurrenzkampf ums Personal wieder gutzumachen. Wir brauchen Aufbruch statt Stillstand!“

dbb Tarifvorstand Volker Geyer richtete den Fokus auf die Durchsetzung der Forderungen: „Unsere Forderungen sind berechtigt, aber recht haben und recht behalten sind zwei Paar Schuhe. Wenn wir am Ende recht behalten wollen, werden wir wahrscheinlich nicht ohne Arbeitskampf auskommen. Wenn es dazu kommt, müssen wir bereit sein – gemeinsam, ausdauernd und effektiv.“

Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz bewertete die Forderung ergänzend als fair und begründet. „Jetzt kommt es darauf an, dass beide Seiten zielgerichtet verhandeln. Dazu gehört zunächst, dass die Arbeitgeberseite sich nicht rituell sperrt, sondern unsere guten Forderungsgründe anerkennt und dann eben ein ernsthaftes Angebot macht. Wenn das miteinander Ringen nicht klappt, dann wird es auf Zeichen der Stärke und der Durchsetzungswilligkeit ankommen. Da gibt es kein Vertun: Die-

se Zeichen können wir setzen, wenn es nicht anders geht.“

dbb Landestarifchef Peter Mertens ergänzte: „Aktionsbereit müssen auch unsere Landes- und Kommunalbeamten sowie die betroffenen Pensionäre sein, da ist Ulrich Silberbach beizupflichten.“ Der hatte deutlich betont, dass der dbb schließlich eine rasche Übernahme des Tarifabschlusses auf die betroffenen Beamten und Pensionäre erwarte – zeitgleich und systemgerecht. „Es ist nicht hinnehmbar, dass viele Landesregierungen hier auf Zeit spielen.“

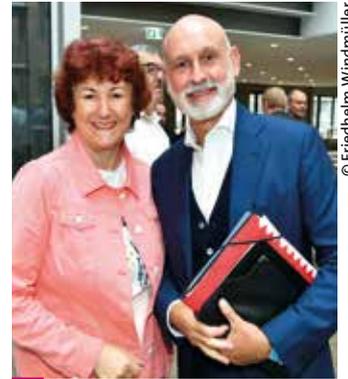
► Weitere dbb Erwartungen

Der dbb hat noch weitere Erwartungen an die Arbeitgeberseite formuliert:

Der dbb erwartet, dass die Beschäftigten der ambulanten und stationären Pflege im Vollzug (Justiz- und Maßregelvollzug) sowie den Landeskrankenhäusern die dynamische Zulage für Pflegekräfte erhalten.

In den Stadtstaaten erledigen die Beschäftigten sowohl Landesaufgaben als auch kommunale Aufgaben. Die Städte stehen bei der Gewinnung von Beschäftigten in Konkurrenz zum Umland. Der dbb erwartet daher eine monatliche Stadtstaatenzulage von 300 Euro.

Die Auszubildenden, Studierenden und Praktikantinnen/



► dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz mit dbb Tarifchef Volker Geyer.

Praktikanten in Berlin, Bremen und Hamburg erwarten die Zahlung einer monatlichen Stadtstaatenzulage von 150 Euro.

Der dbb konnte in der Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienst 2022 für die Beschäftigten in den Kommunen eine ganze Reihe von Verbesserungen erreichen. Wir erwarten, dass die Verbesserungen aus diesem Abschluss mit den Kommunen auch auf die Beschäftigten der Länder übertragen werden.

Wir erwarten die Tarifierung der Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten (studentischen Hilfskräfte).

Wir erwarten die Tarifierung der bislang außertariflich gezahlten Zulage für Beschäftigte im Gesundheitsdienst in den Zentren für Psychiatrie Baden-Württemberg.

Der dbb erwartet zudem die umgehende Erfüllung der Verhandlungszusage aus der Tarifeinigung von 2019 zu Abschnitt 3.7 Teil III der Entgeltordnung der Länder für die Beschäftigten im Straßenbetriebsdienst und Straßenbau. ►

> **Zeitplan**

Am 26. Oktober 2023 und damit nach Redaktions-

schluss für diese „durchblick“-Ausgabe war die Auftaktrunde terminiert, die Runden 2 und 3 sind

geplant für den 2./3. November 2023 und am 7. und 8. Dezember 2023.

Nähere Informationen laufend unter <https://www.dbb.de/einkommensrunde/einkommensrunde-2023-tvl.html>

dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz

Alles im Zeichen der Ländertarifrunde

Herbstsitzung in Mainz

Am 28. September 2023 und damit mit ausreichend zeitlichem Vorlauf vor der dbb Forderungsfindung für die diesjährigen Tarifverhandlungen für den öffentlichen Landesdienst – die Bundestarifkommission des dbb tagte am 11. Oktober 2023 in Berlin – kamen die Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter der Mitgliedsgewerkschaften und -verbände im dbb rheinland-pfalz in Mainz zusammen unter der Leitung des stellvertretenden Landesvorsitzenden Peter Mertens.

Rekapituliert wurde im Rahmen der Tagesordnung zunächst das Ergebnis der Einkommensrunde bei Bund und Kommunen – TVöD – vom März 2023.

Dies geschah mit Blick auf den folgenden Tagesordnungspunkt, in dem es um die Ländertarifrunde – TV-L – ging, und zwar aus gutem Grund: Breiter Konsens durch die Arbeitnehmervertretungen hindurch ist, dass das TVöD-Ergebnis Maßstab, wenn nicht Mindestblaupause für einen Ländertarifabschluss sein muss angesichts seines angemessenen, vor dem Hintergrund schwieriger wirtschaftlicher Entwicklungen hart erkämpften Umfangs.



> Septembersitzung der dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz in Mainz.

Eine lineare Entgelterhöhung um 200 Euro (Sockelbetrag)

und anschließend um 5,5 Prozent, mindestens um 340 Euro, mit durchaus zweistelligen prozentualen Steigerungswirkungen in der Tabelle sowie ein Inflationsausgleich in Höhe von 1.240 Euro per Einmalzahlung und monatlich 220 Euro für acht Monate (Teilzeit anteilig) – das hat Ausstrahlungswirkung in den Augen der Landesbeschäftigten.

Auch in den Augen der Landes- sowie Kommunalbeamtinnen und -beamten sowie den ent-

sprechenden Versorgungsempfängern sind das Werte, an die es nun anzuknüpfen gilt, damit der Tarifvertrag TV-L und im Fahrwasser dann Besoldung und Versorgung im Landes- und Kommunaldienst fair und wettbewerbssicher ausgestaltet werden können.

Besonderes Interesse besteht an einem Inflationsausgleich, und zwar bei Angehörigen beider Statusgruppen im öffentlichen Dienst.

Peter Mertens berichtete den Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmern, die nicht an der Regionalkonferenz des dbb in Mainz am 21. September 2023 teilgenommen haben, vom dortigen kollektiven Einschwören auf die Tarifauseinsetzung zum TV-L. Diskutiert wurden mögliche ergänzende Forderungs- und Strategieansätze zur Weiterleitung an die Beschlussgremien und es bestand großes Einverständnis mit dem Regionalkonferenztenor: Die Tarifrunden werden hart, aber „hart“ können wir auch, wenn es darauf ankommt.

Ländertarifrunde 2023 (TV-L)

Gute Ausbildung, gute Leistung, gutes Geld

Gute Gründe für ein faires Einkommensplus

10,5 Prozent, mindestens 500 Euro mehr im Monat, so lautete der Forderungslogan des dbb, den die Bundestarifkommission am 11. Oktober in Berlin beschlossen und veröffentlicht hat.

Sofort kam die postwendende Ablehnung der Arbeitgeberseite. Hamburgs Finanzsenator Andreas Dressel, Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), wies die

gewerkschaftlichen Forderungen als zu hoch zurück. Lohnerhöhungen müssten dauerhaft finanzierbar sein. Das seien die gewerkschaftlich geforderten Steigerungen aber nicht. Viele Bundesländer befänden sich in einer dramatischen Haushaltslage, die sich noch zuspitze. Gerade in Krisenzeiten müssten die Bundesländer weiter handlungsfähig bleiben. Die gewerkschaftliche Forderung bedeute

auf Jahressicht eine Belastung der Länderhaushalte mit rund 5,9 Milliarden Euro, bei Einbeziehung des Beamtenbereichs in Höhe von 19 Milliarden Euro.

So weit, so rituell. Aber kann die Arbeitgeberseite dauerhaft abblocken?

Die am selben Tag wie die gewerkschaftliche Tarifforderung veröffentlichte Herbstprognose

des Bundeswirtschaftsministeriums fiel relativ düster aus. Die Wirtschaftslage ist schwierig, aber nicht unbearbeitbar. Wachstumsrisiken nehmen nicht ab, sie müssen eingeehrt werden.

Eines davon ist die Preisentwicklung. Die Inflationsrate hat sich abgeschwächt, liegt aber dennoch auf hohem Niveau. Wichtigster Faktor der

Preissteigerungen blieben in den zurückliegenden Monaten die Nahrungsmittelpreise. Sie erhöhten sich im Juli 2023 um 11 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Konsumstimmung in Deutschland liegt laut GfK-Konsumklima-Index weiter auf niedrigem Niveau bei ganz leicht steigender Tendenz. Demnach ist zu folgern, dass das Konsumklima angesichts der hohen Inflationsra-

ten nur über adäquate Lohnerhöhungen zu verbessern ist.

Andere Branchen und andere öffentliche Arbeitgeber haben das erkannt, es drückt sich in stabilen Tarifabschlüssen und auch in breit gewährten Inflationsausgleichsprämien aus, nach denen momentan immer mehr Landesbedienstete und Kommunalbeamte dringend fragen. Zu Recht weisen sie die Rolle des

Sündenbocks und Lastenträgers für schlechte Wirtschaftspolitik zurück und verlangen die ihnen zustehende Teilhabe am fiskalischen Kuchen, etwa an weiterhin steigenden Steuereinnahmen des Staates.

Gute Ausbildung des Personals im öffentlichen Dienst ermöglicht gute Leistung, und die ist gutes Geld wert, auch und gerade in Krisenzeiten, die wir

seit einigen Jahren durchmachen. Denn wenn keiner mehr den Job machen will oder kann, dann wird es richtig finster. Der öffentliche Dienst der Länder muss insbesondere mit guter Bezahlung im zunehmenden Wettbewerb um Arbeitskräfte punkten. Er muss sich dringend attraktiver machen, um Beschäftigte zu halten und neue Arbeitskräfte zu gewinnen. ■

Innere Sicherheit

Neuer Arbeitskreis

Gründungssitzung in Koblenz

Der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Hans-Dieter Gattung hat nach einer Vorab-Onlinesitzung im August am 7. September 2023 in Koblenz in Räumlichkeiten der Bundespolizeidirektion den neuen Arbeitskreis für die Belange der Bediensteten im Bereich Innere Sicherheit beim dbb rheinland-pfalz aus der Taufe gehoben gemeinsam mit Vertreterinnen und Ver-

tretern der Mitgliedsgewerkschaften aus diesem Bereich.

Berücksichtigt und mitwirkungsbereit sind neben der Deutschen Polizeigewerkschaft und der Deutschen Polizeigewerkschaft Bundespolizei auch die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ), die Kommunalgewerkschaft komba und die Gewerkschaft Strafvollzug

(BSBD) neben weiteren Justizgewerkschaften aus der bestehenden Justiz-AG wie der Deutschen Justiz-Gewerkschaft.

Somit hat die „Blaulicht-Familie“ mit den Interessenvertretungen der weiteren „Uniformierten“ im Landesbund nun auch eine Plattform zum gewerkschaftspolitischen Austausch und zur Förderung der speziellen Interessen in dem wichtigen Sektor.

In der konstituierenden Sitzung wurde über Regularien und erste gemeinsame Themenstränge gesprochen, der



> Stellvertretender dbb Landesvorsitzender Hans-Dieter Gattung

Arbeitskreis möchte zukünftig auch in gewerkschaftspolitische Gespräche etwa mit dem Innenministerium eintreten. ■